

# Für eine wirkliche Bürgerbeteiligungskultur

Gemeinsame Veranstaltungsreihe zu Themen der direkten Demokratie wird fortgesetzt

**Begonnen hat es im Jahr 2005 mit einer Fachtagung zur Reform der direkten Demokratie in Thüringer Kommunen. Die von den Landtagsfraktionen LINKE und SPD in Zusammenarbeit mit dem Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ – bestehend aus 20 Mitgliedsorganisationen – organisierte Veranstaltung zog mehr als hundert Teilnehmer in den Landtag zu spannenden Vorträgen und Diskussionen.**

Die Ergebnisse dieses Treffens und einer Nachfolgetagung fanden Eingang in einen Reformgesetzentwurf und ein erfolgreiches Volksbegehren, was letztendlich – gegen zwischenzeitlich heftigen Widerstand der Thüringer CDU – dazu führte, dass Thüringen nicht mehr Schlusslicht in Sachen direkte Demokratie in Kommunen ist.

Im Bundesvergleich nimmt Thüringen nun einen der oberen Plätze ein, so ist es dem „Bürgerbegehrensbericht“ von „Mehr Demokratie e.V.“ zu entnehmen. Die gemeinsamen Fachtagungen zu Demokratie- und Bürgerbeteiligungsthemen wurden und werden auch in der neuen Wahlperiode fortgesetzt. Zum ursprünglichen Kreis der Veranstalter ist nach ihrem Einzug in den Landtag die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugekommen.

Mittlerweile gab es auch eine Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung bei Finanzfragen. Auch hier wurde die bewährte Kombination praktiziert aus Referaten zu Grundsatzfragen und dem Blick auf die praktische Umsetzung, eingeschlossen die Vorstellung konkreter Projekte in Thüringen wie der Erfahrungen von Kommunen mit der Verwirklichung von Bürgerhaushalten. Wichtiger Gesichtspunkt dieser Tagungen ist auch immer die Frage, welche konkreten Reform- und Verbesserungsschritte gerade für Thüringen angegangen werden sollen. Nach dieser

Veranstaltung hat daher das Bündnis Mehr Demokratie mit der Diskussion um die konkrete Reform des so genannten „Finanztabus“ in der Thüringer Verfassung begonnen.

Diese Regelung erschwert die Durchführung von Volksbegehren und Volksentscheiden erheblich, wenn damit auch finanzielle Ausgaben verbunden sind – was bei den meisten Volks-



begehren der Fall ist. Prominentes Beispiel aus Thüringen: Das „Kita-Volksbegehren“ (*unser Archiv-Foto*), das vom Thüringer Verfassungsgerichtshof für unzulässig erklärt worden war.

## Nächste Fachtagung zum Thema Demokratien und Bildung

Die Menschen in Thüringen sollten aber, wie schon in der Schweiz und anderen Ländern üblich, über Finanzdinge und die Verwendung „ihrer“ Steuergelder selbst entscheiden können. Daher ist die Reform des Finanztabus dringend geboten. Zum Zeitpunkt der Fachtagung zur Bürgerbeteiligung bei Finanzfragen war schon ein anderes, auch für Thüringen wichtiges, Problemfeld der Bürgerbeteiligung sichtbar und stand deshalb bei der Veranstaltung im Juli dieses Jahres auf der Tagesordnung: Bürgerbeteiligung bei Planungsverfahren und Großprojekten. In den Vorträgen, so bei der Vorstellung der

konkreten Fallbeispiele aus Thüringen (z.B. Bau von Pumpspeicherwerken, Fragen der Trassenführung von Straßen und Leitungen), war neben dem Reformbedarf im Planfeststellungsrecht und bei Fragen der Informationsfreiheit erneut deutlich geworden: Es braucht eine wirkliche „Bürgerbeteiligungskultur“. Direkte demokratische Beteiligungsformen müssen selbstver-

ständlicher Bestandteil von Gesellschaft und Alltag bzw. politischen Entscheidungsprozessen werden. Aber dazu müssen die Leute auch sehr frühzeitig und umfassend mit Inhalten und Formen von Bürgerbeteiligung und direkter Demokra-

tie vertraut gemacht werden. So gab es von den Veranstaltungsteilnehmern im Juli viel Zustimmung, als mit Blick auf ein Fazit der Veranstaltung vorgeschlagen wurde, die Reihe im Jahr 2013 mit einer Fachtagung zum Thema Demokratie und Bildung fortzusetzen. Derzeit laufen dafür die Vorbereitungen der Veranstalter, wie die Festlegung von Themenaspekten (innerschulische Demokratie, „Demokratiebildung“ vor allem im Unterricht, aber auch direkte Demokratie und Erhalt von Schulstrukturen) und Referentinnen bzw. Referenten sowie die Suche nach konkreten Beispielen und Projekten in Thüringen.

An dieser Stelle kann schon darauf hingewiesen werden, dass diese Veranstaltung mit dem Titel „DEMOKRATIE MACHT SCHULE MACHT DEMOKRATIE“ am 6. Juni 2013 im Landtag in Erfurt stattfinden wird.

Sandra Steck

## VON A BIS Z:

### Bioprodukte

„Die Übernahme der mittelständischen Supermarktkette Tegut durch den Schweizer Riesenkonzern Migros zeigt, dass im Lebensmittelmarkt die Konzentration unvermindert weiter geht. Diese kann den Verkauf regionaler Produkte in Thüringen schwächen“, so Dr. Johanna Scheringer-Wright, landwirtschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Tegut zeichnete sich dadurch aus, dass die Handelskette in den Märkten in Hessen und Thüringen verstärkt Bioprodukte, regional erzeugte Lebensmittel und fair gehandelte Waren im Sortiment hatte. Obwohl der Schweizer Handelskonzern Migros bekannt dafür sei, eine ähnliche Verkaufsstrategie wie Tegut vorzuhalten, stehe zu befürchten, dass regional erzeugte Nahrungsmittel, vor allem regional erzeugte Bioprodukte, aus dem Sortiment zurückgehen werden.

In Thüringen werden nur 4,5 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche nach ökologischen Anbauvorschriften bewirtschaftet. Daher sind die meisten Bioprodukte in den Supermärkten in Thüringen aus anderen Bundesländern oder Staaten. „Diese Situation verschärft sich, wenn große Konzerne kleinere Ketten übernehmen, da diese ihre Waren, ob ökologisch oder konventionell, dort einkaufen, wo sie die günstigsten Konditionen aushandeln können.“ Um regionale Wertschöpfung zu erhalten und Umwelt und Klima zu schützen, „ist aber eine stärkere Regionalisierung des Lebensmittelhandels dringend geboten“, so die Abgeordnete

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die Oktober-Landtagssitzungen finden in der Zeit vom 17. bis 19. 10. statt. Danach sind die nächsten Plenarsitzungen für die Zeit vom 21. bis 23. November anberaumt.

### Ausstellung:

In der Galerie im Fraktionsflur der LINKEN im Thüringer Landtag (4. Etage des Fraktionsgebäudes) ist die neue Ausstellung „L'Humanité 1904 - 1954 - Deutschland von LINKS betrachtet“ zu sehen, die ausgewählte Titelblätter der ersten sozialistischen Tageszeitung der Welt zeigt, darunter die Erstausgabe.

Weitere tagesaktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de).

## Blindengeld

„Blinde und sehbehinderte Menschen müssen sich am gesellschaftlichen Leben genauso beteiligen können, wie Menschen ohne Beeinträchtigung“, hatte MdL Karola Stange anlässlich der Woche des Sehens vom 8. bis 15. Oktober gesagt und einen angemessenen und bedarfsorientierten finanziellen Nachteilsausgleich gefordert. Thüringen liegt bei der Höhe des Blindengeldes immer noch an drittletzter Stelle im Ländervergleich. Die LINKE will neben einer Novelle des Thüringer Blindengeldgesetzes mit dem Ziel einer Erhöhung des monatlichen Nachteilsausgleichs für Blinde und Sehbehinderte vor allem auch eine zeitnahe Umsetzung des Thüringer Maßnahmeplans der UN-Behindertenrechtskonvention

## Ernährung

Mit der Großen Anfrage der Linksfraktion zur Ernährungswirtschaft „haben wir offensichtlich den Nagel auf den Kopf getroffen“, so MdL Tilo Kummer, nachdem mit Tiefkühlerdbeeren aus China die Ursache für die massenhaften Magen-Darm-Erkrankungen bei Schülern gefunden wurde. Es erhebe sich die Frage, warum nicht auf einheimische Produkte zurückgegriffen wird. Warenwege wären dann auch viel besser nachvollziehbar und leichter zu kontrollieren. Offenbar aber könnten „Thüringer Verarbeitungskapazitäten mit den hier erzeugten Waren überhaupt nicht Schritt halten“. Zu überlegen wäre auch ein Konzept zur Wiederbelebung von Schulgärten, schlägt der LINKE Abgeordnete vor.

## Hochwasserschutz

Die Neufestsetzung von Überschwemmungsgebieten wird dazu führen, dass Bau- und Gewerbegebiete nicht mehr bebaut werden dürfen. „Die Kommunen und Eigentümer dürfen mit den Folgen nicht allein gelassen werden“, fordert MdL Tilo Kummer, nachdem die Landesregierung ihr Konzept für Hochwasserschutz vorgestellt hat. Für den künftig notwendigen Ausgleich von Bebauungen auf solchen, oft mit Fördermitteln errichteten Flächen durch Hochwasserrückhalteflächen schlägt er vor, einen Pool zu bilden. In ihm sollen Hochwasserschutzmaßnahmen gebündelt werden, die nach Bedarf zum Ausgleich von Dammbaumaßnahmen oder Aufschüttungen zur Verfügung gestellt werden.